

Antrag

**der Abgeordneten Sandro Kappe, Stephan Gamm, Ralf Niedmers,
Dennis Thering, Eckard Graage, Thilo Kleibauer (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Mehr Bürgerservice: Alle gängigen Zahlungsmittel bei Online-
Behördengängen anbieten!**

Gemäß der Drs. 22/10013 stehen derzeit für bezahlpflichtige Online-Dienste technisch die Zahlarten Kreditkarte, Giropay und Lastschrift zur Verfügung. Die Hamburger Ämter, Behörden und Landesbetriebe entscheiden jeweils aus fachlichen Gesichtspunkten selbst, welche Zahlart sie für welchen Bereich verwenden.

Die verfügbaren Zahlarten werden den Ämtern, Behörden und Landesbetrieben grundsätzlich zentral zur Verfügung gestellt. Der konkrete Roll-out der Zahlarten ist jedoch abhängig von fachlichen Aspekten der Verwaltungsleistung und von betrieblichen Restriktionen (Drs. 22/10489).

Dieses willkürliche Durcheinander ist inakzeptabel. Es ist für die Bürgerinnen und Bürger nicht nachvollziehbar, warum die verschiedenen Ämter und Behörden nicht ein einheitliches Bezahlssystem anbieten können und sie gezwungen sind, je nach Dienstleistung andere Zahlungswege zu nutzen.

Die meisten Menschen haben ein bevorzugtes Bezahlssystem von dem sie ungerne abweichen. Wird dieses nicht angeboten, leiden die Zahlungsmoral und auch der Wille, die angebotenen Leistungen in Anspruch zu nehmen.

Das Wirrwarr an Zahlungswegen wirft zudem ein schlechtes Licht auf die durch den Senat viel gepriesene Digitalisierung der Verwaltung. Auch die angekündigte Einführung von PayPal lässt noch immer auf sich warten. Wer mehr Digitalisierung verspricht, muss am Ende auch liefern können. Ein einheitliches Bezahlssystem ist dabei nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. für alle bezahlpflichtigen Online-Dienste der Hamburger Behörden alle technisch zur Verfügung stehenden Bezahlmöglichkeiten anzubieten.
2. der Bürgerschaft bis zum 31.12.2023 zu berichten.